

Analyse

Grenznahe Kooperation zwischen Deutschland und Polen

Von Markus Mildenerberger, Potsdam

Zusammenfassung

Die grenznahe Kooperation zwischen Deutschland und Polen findet unter erschwerten historischen und sozio-ökonomischen Bedingungen statt. Erst der EU-Beitritt Polens hat die Möglichkeit einer langfristigen, ausgeglichenen Entwicklung auf Augenhöhe ermöglicht. Misstöne auf zwischenstaatlicher Ebene sorgen zwar auch in der Grenzregion für Verunsicherung, insgesamt hat sich jedoch ein grenzüberschreitendes Vertrauensverhältnis herausgebildet, das sich stabilisierend auf die deutsch-polnischen Beziehungen auswirkt. Erschwert wird die Zusammenarbeit in der Praxis durch die unterschiedlichen Kompetenzen der Akteure vor Ort in der föderalen Struktur Deutschlands einerseits und dem polnischen Zentralismus andererseits. Am Beispiel des Landes Brandenburg wird der Handlungsspielraum auf regionaler Ebene verdeutlicht. Drei Jahre nach dem EU-Beitritt Polens lässt sich mit Blick auf die grenznahe Zusammenarbeit eine durchaus positive Bilanz ziehen, auch wenn die schwerwiegenden wirtschaftlichen und demographischen Probleme auf beiden Seiten noch auf längere Sicht fortbestehen werden.

Grenznahe Kooperation zwischen Deutschland und Polen findet auf den verschiedensten Ebenen statt. Am wichtigsten ist die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit. Das sind die unmittelbaren Kontakte der Bürger in Vereinen, Initiativen oder bei spontanen Begegnungen, die sich jeder Steuerung oder auch nur Bezifferung entziehen. Schon eher erfassbar ist die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und auf Kreisebene, die in der engeren Grenzregion vor allem unter dem Dach der Euroregionen abläuft. Darüber hinaus gibt es eine rege regionale Zusammenarbeit zwischen den deutschen Ländern und den angrenzenden polnischen Woiwodschaften, wobei hier der Begriff „grenznah“ weiter gefasst werden muss und über den unmittelbaren Grenzstreifen hinausreicht. Die nationalen Regierungen Deutschlands und Polens wiederum definieren zu einem großen Teil die rechtlichen Rahmenbedingungen der grenznahen Kooperation. Über die Bereitstellung finanzieller Mittel sowie die Schaffung spezifischer Rechtsinstrumente gewinnt zunehmend auch die Europäische Union an Bedeutung. Die nachfolgende Analyse wird die zivilgesellschaftliche und die europäische Dimension nur am Rande streifen können. Untersucht werden sollen vielmehr die besonderen Charakteristika der deutsch-polnischen Grenzregion als maßgebliche Rahmenbedingungen für grenznahe Kooperation sowie die Einflussmöglichkeiten regionaler und nationaler Politik.

Besonderheiten der deutsch-polnischen Grenzregion

Als am 17. Juni 1991 im deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag das Ziel einer „partnerschaftlichen Zusammenarbeit (...) insbesondere im grenz-

nahen Bereich“ formuliert wurde, hatte dies noch durchaus visionären Charakter, konnte davon doch allenfalls in ersten Ansätzen die Rede sein. Die deutsch-polnische Grenze unterschied (und unterscheidet) sich deutlich von den anderen deutschen Grenzen: Erst wenige Monate zuvor war sie im deutsch-polnischen Grenzbestätigungsvertrag vom 11. November 1990 vom vereinigten Deutschland endgültig als westliche Grenze Polens anerkannt worden. Die begleitenden Debatten in Deutschland wie in Polen zeigten, dass es sich dabei zu diesem Zeitpunkt um mehr als nur einen formellen Akt handelte. Für jede weitere deutsch-polnische Zusammenarbeit, aber insbesondere für die im grenznahen Raum, war der Vertrag eine *conditio sine qua non*.

Der polnische Publizist Adam Krzemiński beschrieb die Besonderheit der deutsch-polnischen Grenze folgendermaßen: „Eine völlig künstliche Grenze. Sie zerschneidet Regionen, die Jahrhunderte lang zusammengehörten“. Eine *Grenzregion* ist das Gebiet um Oder und Neiße erst seit 1945, Erfahrungen im Leben an einer Grenze fehlten den Menschen auf beiden Seiten. Genau hier liegt der wesentliche Unterschied zu gewachsenen Grenzregionen, wie z.B. der deutsch-belgischen: Während dort zwar die politische Grenze mehrmals verschoben wurde, die Menschen jedoch an ihrem angestammten Platz blieben, wurden an Oder und Neiße mit der Grenze auch die Menschen verschoben: Westlich der Oder leben nun z.B. viele Vertriebene aus der ehemaligen Neumark, welches als „Ziemia Lubuska“ (Lebuser Land) mit polnischen Vertriebenen aus dem Osten und Neuansiedlern aus Zentralpolen völlig neu besiedelt wurde. Die deutsche und polnische Bevölkerung

an Oder und Neiße war sich also völlig fremd und kam sich auch in den folgenden Jahrzehnten bis Anfang der 1990er Jahre kaum näher. Als nachhaltiger erwiesen sich antideutsche bzw. antipolnische Ressentiments, die von den Staatsführungen in Warschau und Ost-Berlin zur innenpolitischen Stabilisierung geschürt wurden.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Polen und dem Ende der DDR entstanden neue Asymmetrien, die eine Entwicklung „auf Augenhöhe“ zunächst erschwerten: Während Ostdeutschland als Teil der Bundesrepublik Deutschland und quasi über Nacht auch der damaligen Europäischen Gemeinschaft auf umfangreiche finanzielle Unterstützung bauen konnte, blieb die polnische Seite der Grenzregion für lange Jahre weitgehend auf sich selbst gestellt. Unter den Bedingungen einer EU-Außengrenze verschärfte sich das, bereits vor 1989 teilweise vorhandene, Gefälle im Lebensstandard der Bürger wie auch im Ausbau der Infrastruktur noch einmal deutlich. Im Prinzip hat erst der Beitritt Polens zur Europäischen Union im Jahre 2004 eine „Augenhöhe“ hergestellt und damit die Möglichkeit eröffnet, dass sich dieses Gefälle allmählich ausgleicht und sich so eine gemeinsame Grenzregion entwickeln kann.

Allerdings bedarf es dazu eines langen Atems. Zwei jüngere Studien des Hamburger Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA) zu den Entwicklungsperspektiven des erweiterten deutsch-polnischen Grenzraums bis 2020 im Zuge des polnischen EU-Beitritts (HWWA Report 262 und 263) zeichnen ein eher nüchternes Bild der derzeitigen sozio-ökonomischen Situation der Grenzregion: eine zu geringe Unternehmensdichte, eine schwache Exportbasis, mangelnde Kapital- und Technologieausstattung und Direktinvestitionen, die fast ausschließlich in die städtischen Metropolen Berlin, Posen und Breslau fließen, den grenznahen Raum jedoch aussparen. Zudem ist die Grenzregion von starken Abwanderungsbewegungen in die städtischen Zentren geprägt und von einer sich rapide verschärfenden demographischen Situation. Inzwischen liegt die Geburtenrate in Polen sogar noch unter der Deutschlands, was schon jetzt vor allem in den ländlichen Regionen spürbar ist. Die Studien sehen jedoch auch Chancen im Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, in Investitionen in Forschung und Bildung sowie in den Kultur- und Naturtourismus. Angesichts der Probleme, die sich deutlich zum Beispiel von der Situation in der deutsch-französischen Grenzregion unterscheiden, ist ersichtlich, dass es keine schnellen Lösungen geben kann. Die Kooperation allein im grenznahen Bereich wird dazu nicht ausreichen. Statt dessen müssen die Weichen von der deutschen und polnischen Politik gestellt werden.

Grenznahe Zusammenarbeit als Baustein der deutsch-polnischen Beziehungen

In Zeiten eher angespannter politischer Beziehungen auf zwischenstaatlicher Ebene kommt der Zusammenarbeit auf kommunaler und regionaler Ebene entlang der deutsch-polnischen Grenze eine besondere Bedeutung zu. Und obwohl man sagen kann, dass diese ungleich stabiler ist, bleibt auch die grenznahe Zusammenarbeit von den Debatten der Hauptstädte nicht ganz unberührt. Die Diskussion um das Zentrum gegen Vertreibungen, umstrittene Äußerungen der BdV-Vorsitzenden Erika Steinbach sowie die Aktivitäten der Preußischen Treuhand sorgen selbstverständlich auch in der Grenzregion für Verunsicherung. Allerdings geht man hier deutlich nüchterner damit um als im fernen Warschau, was Ausdruck eines gewachsenen Vertrauensverhältnisses im Umgang mit der deutschen Seite ist. Als Beispiel lässt sich die Stadt Gorzów (Landsberg a.d. Warthe) anführen, die im vergangenen Jahr in ihr 750. Stadtjubiläum ganz bewusst auch die ehemaligen deutschen Bewohner einbezogen hat und damit an langjährige enge Kontakte anknüpfte. Störungen dieses Verhältnisses kommen zumeist auch eher von außen. Während des Selbstverwaltungswahlkampfes im Herbst 2006 versuchte die ultrarechte, in den Grenzwoiwodschaften eher bedeutungslose, Liga der Polnischen Familien (Liga Polskich Rodzin – LPR), antideutsche Ängste zu mobilisieren. Aufhänger und Angriffspunkt war ein loses Kooperationsnetzwerk der ostdeutschen Länder und westpolnischen Woiwodschaften unter der Bezeichnung „Oderregion“ (heute: „Oder-Partnerschaft“). Auf Plakaten in allen größeren westpolnischen Städten warnte die LPR: „Berlin – Hauptstadt der Euroregion Oder? Nicht für unser Geld!“ – versehen mit einer preußischen Pickelhaube. Das desaströse Wahlergebnis, das die LPR in den betreffenden Woiwodschaften einfuhr, zeigte jedoch, dass derartige antideutsche Töne in der Grenzregion kein Gehör mehr finden. Meinungsumfragen kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Einer Studie von 2006 („Gemeinsam in der Union. Die Deutschen in den Augen der Polen 2000–2005“, Instytut Spraw Publicznych, Warschau) zufolge, werden die deutsch-polnischen Beziehungen von 77 % der Polen als gut bewertet. Nur 21 % der Befragten empfinden die Beziehungen als negativ (vgl. 1990: 88%). 72% der Polen äußerten gegenüber der Politik ihres Landes die Erwartung, in der Kooperation mit Deutschland stärker auf Zusammenarbeit und Kompromissfindung zu setzen. Wenig deutet darauf hin, dass sich dieses positive Bild – trotz diverser Miss-töne zwischen Warschau und Berlin – grundlegend verändert haben könnte. Im Gegenteil kann man

davon ausgehen, dass die ständig zunehmende Zahl grenzüberschreitender Kontakte auch zu einer weiteren Verbesserung der gegenseitigen Wahrnehmung führt. Insofern kommt der grenznahen Kooperation gerade in Zeiten nicht immer einfacher Beziehungen auf nationaler Ebene eine besondere Bedeutung zu.

Administrative Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende Kooperation

Die Grundlagen der grenznahen Kooperation zwischen Deutschland und Polen wurden im deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag vom 17. Juni 1991 festgelegt. Dort heißt es in Artikel 12:

(1) Die Vertragsparteien messen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Regionen, Städten, Gemeinden und anderen Gebietskörperschaften, insbesondere im grenznahen Bereich, hohe Bedeutung bei.

Zugleich wurden auch die Instrumente zur Förderung dieser Zusammenarbeit definiert:

(2) Die Vertragsparteien werden diese Zusammenarbeit, insbesondere die Tätigkeit der Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit, auf allen Gebieten erleichtern und fördern.

Außerdem wird die grenznahe Kooperation in einen europäischen Kontext gestellt:

(3) Die Vertragsparteien lassen sich in der regionalen und grenznahen Zusammenarbeit insbesondere von den entsprechenden Konventionen des Europarates leiten. Sie streben die Einbeziehung dieser Zusammenarbeit in die Tätigkeit der entsprechenden europäischen Gremien an.

Das hier postulierte Zusammenspiel der verschiedenen Verwaltungsebenen wird jedoch durch die nicht deckungsgleichen Kompetenzen der beteiligten Akteure auf deutscher und polnischer Seite erschwert. Während in der föderal strukturierten Bundesrepublik die Zuständigkeit für die Außenpolitik zwar bei der Bundesregierung liegt, die Länder und Kommunen ansonsten jedoch in ihren Kooperationen mit Partnern im Ausland weitgehend frei agieren können, ist Polen trotz der Einführung einer kommunalen und regionalen Selbstverwaltungsebene mit den Verwaltungsreformen von 1990 und 1999 ein zentralistisch regierter Staat (ähnliche Kompetenzunterschiede spielen auch in der deutsch-französischen Zusammenarbeit eine gewichtige Rolle). In allen sechzehn Woiwodschaften (in etwa den deutschen Ländern entsprechend, jedoch mit weitaus weniger Kompetenzen) steht dem Vertreter der frei gewählten regionalen Selbstverwaltung, dem Marschall, der Woiwode als Vertreter der Zentralregierung

gegenüber. Je nach politischer Großwetterlage ist Warschau bemüht, das politische Gewicht innerhalb dieser Doppelspitze zugunsten der Woiwoden zu verschieben. Diese Tendenz hat sich unter der gegenwärtigen polnischen Regierung eher noch verstärkt, insbesondere nachdem in den Selbstverwaltungswahlen von November 2006 in fast allen Woiwodschaften die Oppositionsparteien die Mehrheit erlangt haben. Dies trifft insbesondere auch für die Woiwodschaften in der deutsch-polnischen Grenzregion zu, in denen alle Marschälle der in Warschau oppositionellen Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) angehören. Um Missverständnisse mit der Zentrale zu vermeiden und zugleich ihren engen Spielraum in der Kooperation mit deutschen Partnern zu nutzen, sind die polnischen Kommunen und Woiwodschaften deshalb darauf angewiesen, die Interessen Warschaws stets zu berücksichtigen. Allzu selbstbewusstes Agieren der Akteure in der Grenzregion – so z.B. im Fall der oben bereits erwähnten „Oder-Partnerschaft“ zwischen westlichen Woiwodschaften und östlichen Bundesländern wird in Warschau zurückhaltend bis offen ablehnend („Angriff auf die Souveränität des polnischen Staates“) aufgenommen. Derartige Vorbehalte können oftmals nur durch viel Fingerspitzengefühl und rechtzeitige Information ausgeräumt werden.

Handlungsspielraum auf regionaler Ebene am Beispiel des Landes Brandenburg

Im Kontext der derzeitigen deutsch-polnischen Beziehungen kann die Bedeutung der kommunalen und regionalen Zusammenarbeit entlang der Grenze nicht hoch genug eingeschätzt werden. Hier hat sich in den nur wenigen Jahren seit 1989 ein dichtes Netz von Partnerschaften gebildet, welches sich ungeachtet der politischen Großwetterlage beständig weiterentwickelt. Dass dies so kommen konnte, ist in erster Linie auf das Engagement der Bürger beiderseits der Grenze zurückzuführen, welche die Chancen der offenen Grenzen nutzen wollten. Es hängt aber auch damit zusammen, dass frühzeitig die richtigen politischen Weichen gestellt wurden. Dies soll hier exemplarisch am Land Brandenburg erläutert werden.

Das Land Brandenburg hat mit rund 250 Kilometern die längste Grenze eines deutschen Bundeslandes zu Polen. In der Aufnahme der Zusammenarbeit mit dem polnischen Nachbarn als Verfassungsziel (Art. 2 (1) der Landesverfassung) manifestiert sich das besondere Interesse, die entwicklungshemmende Lage an der Peripherie einer EU-Außengrenze (bis 2004) zu überwinden. Hauptpartner in der Zusammenarbeit sind die unmittelbar an die Oder angrenzenden Woiwodschaften Lebus Land /

Lubuskie, Westpommern / Zachodniopomorskie und Niederschlesien / Dolnośląskie sowie die Woiwodschaft Großpolen / Wielkopolskie, deren Hauptstadt Posen, auf halbem Weg zwischen Berlin und Warschau gelegen, ein wichtiges Bindeglied in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit ist. Gemeinsam mit den Ländern Berlin und Mecklenburg-Vorpommern sowie den westpolnischen Woiwodschaften unternimmt Brandenburg erste Schritte in Richtung der Entwicklung einer „Oder-Partnerschaft“, verstanden als eine Informations- und Gesprächsplattform. Ziel ist eine engere wirtschaftliche und infrastrukturelle Kooperation der Oder-Anrainerregionen über konkrete Vereinbarungen und Projekte, jedoch unter Verzicht auf neue administrative Strukturen.

Der oben bereits erwähnte deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag von 1991 hat auch ein wichtiges Instrument der interregionalen Zusammenarbeit ins Leben gerufen, und zwar die Deutsch-Polnische Regierungskommission für grenznahe und interregionale Zusammenarbeit, in der alle deutschen Länder und polnischen Woiwodschaften ihre Interessen gegenüber den Staatsregierungen zu Gehör bringen können. Gemeinsam mit der Woiwodschaft Westpommern hat Brandenburg den Vorsitz im Ausschuss für grenznahe Zusammenarbeit inne. Der Ausschuss erarbeitet Empfehlungen für grenzbezogene Fragestellungen, die an die Regierung in Berlin und Warschau herangetragen werden. Im Mittelpunkt stehen dabei Fragen des Ausbaus der grenzüberschreitenden Infrastruktur, aber auch Fragen der Wirtschaftsförderung oder notwendiger Abkommen zur Klärung von Einzelfragen (z.B. des Rettungswesens).

Einen wichtigen Platz in der Zusammenarbeit nehmen die Anfang der 1990er Jahre gebildeten Euroregionen, grenzüberschreitende Zusammenschlüsse von Kommunen und Landkreisen, ein. Entlang der deutsch-polnischen Grenze gibt es vier Euroregionen, von Nord nach Süd: „Pomerania“ (Geschäftsstellen in Löcknitz und Stettin), „Pro Europa Viadrina“ (Geschäftsstellen in Frankfurt (Oder) und Landsberg/Gorzów), „Spree-Neiße-Bober“ (Geschäftsstellen in Guben und Gubin) sowie die trilaterale Euroregion Neisse-Nisa-Nysa (mit Geschäftsstellen in Zittau, Reichenberg/Liberec und Hirschberg/Jelenia Góra). Die Euroregionen sind in der unmittelbaren Grenzregion der wichtigste Faktor grenzüberschreitender Kooperation.

Zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit werden maßgeblich EU-Mittel aus der Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIA (künftig Ziel 3 Europäische Territoriale Zusammenarbeit der Strukturfondsförderung) eingesetzt. Deutsche

und Polen verwalten die drei deutsch-polnischen Programme jeweils gemeinsam. In der kommenden Förderperiode 2007–2013 werden allein für Projekte mit grenzüberschreitendem Charakter zwischen Brandenburg und seinen angrenzenden Partnerwoiwodschaften insgesamt 257 Mio. EUR Fördermittel zur Verfügung stehen.

Ein Hauptproblem der deutsch-polnischen grenznahen Kooperation liegt allerdings im immer noch unzureichenden Zustand der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur: Gab es vor dem Zweiten Weltkrieg mehr als 100 Brücken über Oder und Neiße, sind es heute weniger als 20. An bestimmten Stellen sind die Grenzübergänge dem stetig mehr werdenden Verkehr kaum noch gewachsen. Trotz Wegfalls der Zollkontrollen seit dem polnischen EU-Beitritt bestimmen insbesondere an der Ost-West-Hauptverkehrsachse von Berlin über Frankfurt (Oder) Richtung Warschau immer noch kilometerlange LKW-Staus an der Grenze das Bild. Vermutlich wird erst die Anwendung von Schengen – also der Wegfall der Personenkontrollen, der zum 1.1. 2008 geplant ist – hier zu einer deutlichen Verbesserung führen. Insgesamt müssen aber noch bedeutende Investitionen getätigt werden. In der wichtigen polnischen Autobahnverbindung von der Grenze Richtung Posen/Warschau klafft immer noch eine große Lücke, so dass sich das Gros des stetig wachsenden Ost-West-Schwerlastverkehrs auch in den nächsten Jahren auf Landstraßen wird fortbewegen müssen. Unzureichend sind auch noch die Bahnverbindungen. Für die rund 300 Kilometer zwischen Berlin und Breslau zum Beispiel werden immer noch fast sechs Stunden benötigt. Die Defizite sind jedoch nur langfristig behebbar, da Investitionen in die grenzüberschreitende Verkehrsinfrastruktur aufgrund der Flussgrenze nur unter großem finanziellen und zeitlichen Aufwand zu realisieren sind.

Ausblick

Drei Jahre nach dem Beitritt Polens zur Europäischen Union lässt sich aus Sicht der deutsch-polnischen grenznahen Zusammenarbeit eine positive Bilanz ziehen. Die deutschen Ängste im Vorfeld der EU-Erweiterung, die insbesondere auch in der Grenzregion geäußert wurden, haben sich nicht bestätigt: Die grenzüberschreitende Kriminalität hat nicht zugenommen, sondern ist aufgrund der engen Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Sicherheitsbehörden sogar rückläufig. Der Druck auf den Arbeitsmarkt hat sich nicht verstärkt. Zwar ist – trotz der vereinbarten Übergangsfristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit – insgesamt eine Zuwanderung polnischer Arbeitskräfte nach Deutschland zu verzeichnen

(aufgrund einer anderen Genehmigungspraxis), doch lagen deren Zielregionen in den wirtschaftsstarken Regionen Deutschlands, nicht in der strukturschwachen ostdeutschen Grenzregion. Im Gegenteil sind zunehmend Klagen bestimmter Branchen zu vernehmen, die händeringend nach qualifizierten Mitarbeitern aus Polen suchen. Das Handwerk kooperiert erfolgreich grenzüberschreitend. Allein im Dienstleistungsbereich hat sich die Konkurrenz verstärkt, was jedoch keineswegs nur in eine Richtung geschieht. Auch die polnischen Ängste im Zusammenhang mit dem Beitritt zur Europäischen Union haben sich nicht bewahrt. Weder ist es zu einem massenhaften Verkauf von Land an westliche Geschäftsleute und deutsche Vertriebene gekommen noch ist die polnische Landwirtschaft unter dem Konkurrenzdruck westlicher Billigimporte kollabiert. Im Gegenteil gehören gerade

Polens Landwirte zu den großen Profiteuren der EU-Mitgliedschaft. Die grenznahen Woiwodschaften zählen zu den Regionen Polens, die am besten mit der Absorption von EU-Mitteln zurechtkommen. Die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft des Landes erreicht inzwischen Rekordwerte – deutlich über den Werten vor dem EU-Beitritt.

Trotz einer insgesamt positiven Stimmung besteht natürlich keine Anlass zur Schönfärberei. Die deutsch-polnische Grenzregion bleibt vermutlich noch auf lange Zeit eine strukturschwache Region mit einer geringen Wirtschaftskraft und verschärften demographischen Problemen beiderseits der Grenze. Allerdings setzt sich auf beiden Seiten auch zunehmend die Erkenntnis durch, dass man keine Probleme miteinander, sondern allenfalls gemeinsame Probleme hat.

Über den Autor

Markus Mildener, geb. 1968, Referent für Polen, die Staaten Süd- und Mitteleuropas, Euroregionen und Nichtregierungsorganisationen in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg

Tabellen und Grafiken

Statistische Daten zur Grenzregion

Bevölkerungsdichte 2002 und Bevölkerungswachstum, 1995–2002

Region	Bevölkerung 2002 in Tsd.	Bevölkerungsdichte 2002, Einwohner je km ²	Bevölkerungswachstum 1995–2002, in %
Deutschland	82.537,0	231	1,1
Bundesländer im Grenzraum	12.068,1	168	- 2,8
Berlin	3.392,0	3.811	- 2,3
Mecklenburg-Vorpommern	1.744,6	75	- 4,6
Brandenburg	2.582,4	87	1,7
Sachsen	4.349,1	236	- 4,9
Erweiterter Grenzraum	8.805,8	168	- 0,6
Engerer Grenzraum	2.185,6	99	- 4,2
Polen	38.230,1	119	- 0,9
Woiwodschaften im Grenzraum	9.089,3	105	0,4
Niederschlesien/Dolnośląskie	2.977,6	149	- 0,4
Lebuser Land/Lubuskie	1.023,5	73	0,9
Großpolen/Wielkopolskie	3.355,3	112	0,7
Westpommern/Zachodniopomorskie	1.732,8	76	0,7
Erweiterter Grenzraum	6.195,5	119	0,2
Engerer Grenzraum	1.400,9	97	0,5
Erweiterter deutsch-polnischer Grenzraum gesamt	15.001,3	144	- 0,3
Engerer deutsch-polnischer Grenzraum gesamt	3.586,5	98	- 2,4